

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 10.06.2008 um 17.00 Uhr
im Sitzungssaal des Rathauses
-Fortsetzung der Finanzausschusssitzung vom 05.06.2008-

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat E. Müller (für Stadtrat May)
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser
Stadträtin Schwab

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Glos (für Stadträtin Dr. Endres-Paul)
Stadträtin Kahnt

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp
Bgmin. Regan (ab 17.07 Uhr, Ziffer 1)

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bgm. Christof

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm

Berufsmäßige Stadträte:

Berichterstatter: Rechtsrätin Schmöger
Amtsrat Teichmann
Stadtplaner Neumann
Frau Heger
Dipl. – Ing. Volkamer

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Als Gäste: Stadtrat Günther

Stadtrat Popp
Stadtrat Schardt
Stadtrat Konrad

Entschuldigt fehlten: Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadtrat May

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig. Es bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Einleitung eines Änderungsverfahrens des Flächennutzungsplanes östlich von Hoheim zur Ausweisung einer Fläche als Sondergebiet mit Zweckbestimmung Photovoltaik

A. Stadtplaner Neumann geht auf den Antrag ein und stellt dar, dass hierfür grundsätzlich der Flächennutzungsplan bzw. der Bebauungsplan geändert werden müsste. Zwar habe man mit der Ausweisung einer Fläche in Repperndorf sich grundsätzlich für erneuerbare Energie ausgesprochen, jedoch sollte man diesen Bereich im Flächennutzungsplan konzentrieren, so dass die Verwaltung vorschlägt, den Antrag zunächst abzulehnen. Die Verwaltung wird bei Bedarf weitere Flächenausweisungen vorschlagen und dem Stadtrat zur Diskussion vorlegen.

2. Bürgermeister Christof verweist auf den Antrag der KIK und ist der Auffassung, dass man diese Angelegenheit solange zurückstellen sollte, bis der Antrag der KIK beraten wurde.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass man dem Antragsteller keine Hoffnung aufgrund der Zurückstellung machen dürfe und verweist darauf, dass ein konkreter Antrag vorliege. Darüber hinaus erklärt er, dass im Beschlussentwurf das Wort „vorerst“ aufgenommen werde. Er weist darauf hin, dass die Angelegenheit im Umweltbeirat sowie innerhalb der Verwaltung hinsichtlich möglicher Standorte beraten werde. Hiermit besteht Einverständnis.

B. Mit 13 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat lehnt vorerst die Einleitung eines Änderungsverfahrens des Flächennutzungsplanes östlich von Hoheim mit dem Ziel der Ausweisung einer Fläche als Sondergebiet mit Zweckbestimmung Photovoltaik ab.

2. Brückenfest 2008:

Antrag der Fa. OH Veranstaltungsservice GmbH vom 27.05.2008

Mit 10 : 3 Stimmen

Der Fa. OH Veranstaltungsservice GmbH wird für die Durchführung des Brückenfestes am 15./16.08.2008 seitens der Stadt Kitzingen ein Sachkostenzuschuss von max. 1.500,00 € zugesagt.

3. Bahnhofsumfeld Kitzingen

A. Dipl. – Ing. Volkamer verweist kurz auf die Beratung im Finanzausschuss vom 05.06.2008 und geht weiter auf die Sitzungsvorlage ein. Hinsichtlich der im Haushaltsplan eingestellten Mittel erklärt er, dass hierbei ein Standartausbau gerechnet wurde. Hinsichtlich der Kosten für das Parkdeck weist er darauf hin, dass es lediglich eine grobe Kostenschätzung sei. Des weiteren geht Dipl. – Ing. Volkamer auf den Bürgerantrag ein und stellt dar, dass hiernach die Kleingärten von der Umgestaltung des Bahn-

hofsumfeldes mit der Bildung von P+R Parkplätzen ausgenommen werden sollte. Aus diesem Grund bitten die Antragsteller sich nochmals wegen möglichen Flächen mit der Bahn in Verbindung zu setzen. Er stellt die Verhandlungen mit der Bahn seit 2000 dar und informiert, dass die Bahn die dafür notwendige Entbehrlichkeit nicht sehe. Dipl. – Ing. Volkamer kommt zum Ergebnis, dass man dem Bürgerantrag nicht zustimmen sollte.

Stadtrat Schmidt bemängelt erneut die Kostenberechnung und verweist darauf, dass man bei der Umsetzung des Parkdecks auf Grunderwerb verzichten könnte und somit diese Kosten aus der Berechnung herausrechnen müsste. Darüber hinaus empfindet er die Kostenberechnung des Parkdeckes für zu hoch und äußert seinen Unmut, dass alleine diese Berechnung als Grundlage für die Entscheidung hergenommen werde.

Dipl. – Volkamer erklärt, dass man dann die ersten Leistungsphasen an ein Fachbüro vergeben müsse, um die Kosten detaillierter benennen zu können.

Stadträtin Richter verweist auf die Aussage im Finanzausschuss vom 05.06.2008, laut der im Parkhaus bzw. im Parkdeck für 25 Jahre keine Gebühren erhoben werden dürfen, um die Zuschüsse nicht zu gefährden. Sie stellt fest, dass dies im gleichen Falle für ebenerdige P+R Plätze gelte und deshalb nicht als Argument dienen dürfe.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass man sich hinsichtlich der P+R Flächen zunächst im Klaren sein sollte, in welchem Umfang die Kleingärten angegriffen werden sollen.

2. Bürgermeister Christof bemängelt, dass der Punkt des Bürgerantrages an letzter Stelle diskutiert wurde und seiner Auffassung nach die Kernfrage der Diskussion sei. Seiner Auffassung nach sollte man nochmals mit der Bahn bezüglich Flächen verhandeln und sich dabei Hilfe aus der Politik holen. Durch weitere Flächen könnten die P+R Plätze ohne die Schrebergärten zu zerstören und ohne ein kostenaufwendiges Parkdeck gebaut zu werden entstehen.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass sich bei einer entsprechenden Beschlussfassung hinsichtlich der weiteren Varianten die Frage des Bürgerantrages auch hätte klären können und deshalb das Vorgehen sinnvoll war. Hinsichtlich weiterer Gespräche mit der Bahn sagt er zu, tätig zu werden.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über die P+R Anlage und kommen überein, zunächst den Punkt nochmals in den Fraktion und Gruppen zu beraten, bevor eine Entscheidung im Stadtrat getroffen werde.

B. Ohne Abstimmung

Oberbürgermeister Müller gibt den Punkt zur weiteren Beratung in die Fraktionen und Gruppen.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 18.30 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer